

# MATHIAS RICHLING

Deutschland  
to go



# Inhalt

- 9 Prêt-à-Demokratie?
- 11 Formsache Demokratie
- 13 Demokratie als Dresscode
- 18 Wie viele Meinungen haben Sie?
- 22 Die demoskopierte Meinung
- 29 Talkokratie Deutschland
- 35 Ein Fall von Westerwelle (auf Englisch: Westerwelle)
- 39 Auslegungssache Wahrheit
- 44 Die wahre Lüge
- 51 Steuern sind eine Wahrheit für sich
- 56 Zauberkunststück Etat
- 59 Gleichheit als Halluzination
- 64 Reichtum der Armut
- 75 Planungsfehler Alter
- 82 Sterbehilfe als Lebenslösung
- 87 Systemische Gesundheit
- 92 Die Randgruppe der dicken Mehrheit
- 98 Raucher zu Asche

- 100 Muss der Sozialstaat sozial sein?
- 104 Kapitale Hoffnungen
- 107 Die SPD als breite Mitte
- 116 Links – geschnitten oder am Stück?
- 125 Die rechte Geschichte der Linken
- 131 Grün, Rot-Grün, Grün-Rot, Grün-Grün? Passe!
- 142 Grün trägt sich zu allem
- 146 Kaperei in schwerer See
- 149 Geld als Feind des Kapitalismus
- 153 Griechenland – Wiege und Bahre der Demokratie
- 161 Staat machen mit Deutschland
- 167 Darsteller der Demokratie
- 171 Die »Einheit« war verschreibungspflichtig
- 175 Kraut und Rüben, Kohl und drüben
- 181 Politik kaufen oder leasen?
- 188 Vorteilsannahme nach dem Amt
- 198 Friedliche Nutzung von Atomkatastrophen
- 204 Klimahandel
- 213 Wir führen Frieden in Afghanistan
- 218 Schuld aus Prävention
- 221 Der durchschaubare Deutsche
- 226 Der Deutsche ist immer der Täter
- 230 Der gesicherte Deutsche

- 234 Der Bürger als Kollateralschaden
- 237 Informationsabfluss
- 241 Im Netz will jeder alles von sich wissen
- 247 Wie viel Gewalt braucht der Staat?
- 251 Mut zur Katastrophe
- 254 Für einen Bahnhof wird die Demokratie umgegraben
- 258 Alle Gewaltlosigkeit geht vom Volk aus
- 261 Fall-Beispiel Wulff
- 266 Der Deutsche bringt alles fertig

## Prêt-à-Demokratie?

»Deutschland to go« ...

Was will uns der Dichter denn damit schon wieder sagen?

Deutschland zum Mitnehmen?

Und wenn ja, wohin? Nach Hause?

Ist gemeint, dass unsere Demokratie nur noch taugt für den schnellen Verzehr in den eigenen vier Wänden? Meistens nimmt man zu viel mit im Warenkorb politischer Wünsche, und dann wird der überwiegende Teil – wie in der modernen Konsumgesellschaft längst auch bei Lebensmitteln üblich – nach ein paar Tagen weggeschmissen.

Meint »Deutschland to go« etwa, wir verbrauchen Demokratie nur mehr zur kurzen Erfrischung? Oder im Falle von Mattheit oder Unterzuckerung über den Tag wie Kaffee oder Sandwiches?

Wird also Demokratie nur zwischendurch und ganz persönlich konsumiert? Und weil man für mehr auch gar keine Zeit hat?

Wenn es den eigenen Interessen dient und den eigenen Bedürfnissen und dem eigenen Nutzen zugute kommt?

Wird Demokratie demnach immer weniger konsumiert in Landtagen, im Bundestag, in den kommunalen Parlamenten? Dafür schon lange viel mehr am Fernseher und im Fernsehen, in Polit-Talkshows, in Gesprächsrunden und in Berichterstattungen?

»Drive in« also und »find out«?

»Find out«, welche demokratischen Angebote am besten zu einem passen. »Find out«, aber finde dich nicht zurecht!

Dabei ist die Frage tatsächlich nicht, ob Politik trivialisiert wird, sondern wie lange sie schon trivialisiert wird.

Bedeutet »Deutschland to go« also nichts anderes, als dass Deutschland als das, was es sein soll, nämlich als Demokratie, dahingeht? Sich verflüchtigt?

Versuchen wir Antworten zu finden, auf die gar keine Fragen mehr gestellt werden.

Zumal der Politiker im Allgemeinen auch Antworten zu geben pflegt, nach denen nicht gefragt wurde. Fragen nach dem Wirklichungsgehalt seiner Versprechungen etwa beantwortet er gerne mit der Präambel des Programms seiner Partei. Und fragt man ihn, welche Wirkung seine Maßnahmen zur Wirtschaftskrise zeigen, spricht er von seinen persönlichen Erfolgen in den letzten Umfragen.

Eine Antwort einer Kanzlerin der Bundesrepublik lautete sinngemäß:

»Druck ist hier der falsche Weg. Ich will keine schärferen Regeln. Ich will nur Anreize schaffen durch Anregungen und Angebote.«

Man dachte sogleich, dass die Frage dazu nur lauten konnte: »Wie lösen Sie die Krise im Börsenhandel?« Es wäre auch die Frage denkbar gewesen: »Wie verhindern Sie Ausschreitungen wie die der französischen oder englischen Jugend in Deutschland?« Die richtige Frage zu ebendieser Antwort lautete jedoch in diesem Gespräch: »Wie regeln Sie die Ungerechtigkeit der unterschiedlichen Mehrwertsteuer – bei Hundefutter und bei Babynahrung?«

Wir können erkennen, dass sich mit einer einzigen Antwort ganze Berge von Problemen in Deutschland vielsagend und bündig abtragen lassen.

Hoffen wir, dass bei all dem, was Politiker uns vorsetzen, noch Antworten übrig sind, die weniger Fragen offenlassen ...

Wenn der Dichter nur wüsste, was wir damit gesagt bekommen wollen!

## Formsache Demokratie

Die Bundesrepublik Deutschland sei eine Demokratie!

So gibt es das deutsche Grundgesetz von 1949 vor.

Jedenfalls meint der normale, durchschnittliche und politisch nur maßvoll interessierte Bürger sich an diese Formulierung zu erinnern nach jahrzehntelanger Praxis von Landtagswahlen, Bundestagswahlen, Superwahljahren und einigem Gerede über Bürgernähe.

Allerdings ist die Formulierung »Deutschland ist eine Demokratie« so allgemein und unpräzise wie etwa zu sagen: »Der Deutsche ist ein Mensch.«

Ja, aber was für einer?

Ein europäischer, ein asiatischer?

Spricht er? Kann er zuhören? Kann er mitfühlen?

Der deutsche Mensch kann bei großen Katastrophen eine Menge spenden. Aber kann er mitfühlen? Der deutsche Mensch hat zum Beispiel an einem einzigen Abend nach der Berichterstattung zum Erdbeben von Haiti im Januar 2010 22 Millionen Euro gespendet. Unabhängig von den Abermillionen, die in den Tagen davor und danach gespendet wurden. Insgesamt eine dreistellige Millionensumme. Nur für Haiti. Nachdem die Deutschen ihre Geldbeutel entleert hatten, hat man von Haiti nicht mehr viel hören wollen.

Allerdings auch nichts zu hören bekommen.

Es war erledigt.

Eine neue Katastrophe war wichtiger, die uns nicht so viel Geld gekostet hatte: der Prozess um einen Herrn Kachelmann. Darüber hinaus waren die Spenden für Haiti die Ablasszettel.

Wir haben uns teuer erkaufte, dass wir nicht weiter entsetzt sein mussten.

So sehr Mensch ist der Deutsche.

Aber die Betroffenen in Haiti sind eben auch Menschen. Also sagt »Mensch« nicht viel aus über den Deutschen. So wie »Demokratie« wenig aussagt über das, was in Deutschland von Staats wegen praktiziert wird.



## Demokratie als Dresscode

Auffällig ist jedenfalls, dass ein Kanzler – in diesem Fall war es schon wieder eine Kanzlerin, vermutlich war es dieselbe – zu bedenklichen Zeiten explizit hervorhob, dass wir in einer »repräsentativen Demokratie« leben.

Das ist natürlich nicht gerade nicht richtig.

Die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland ist eine mittelbare, eine parlamentarische und dadurch aber eben repräsentative Demokratie, in der das Volk als der eigentliche Herrscher, süffisant im Grundgesetz auch »Souverän« genannt, sich eine Volksvertretung zusammenwählt, deren Mehrheit beispielsweise Gesetze beschließt und eine Regierung bildet, die von der Volksvertretung kontrolliert werden soll. Aber eben ab der Wahl nicht mehr vom Volk, dem großen »Souverän«, kontrolliert werden kann. Wie auch die Gesetze selbst, einmal in der Hand der Volksvertreter, nicht mehr vom Volk beeinflusst werden können.

Denn Volksentscheide sind zwar auch bundesweit vorgesehen, haben aber seit 1949 im Bund nie stattgefunden und auf lokaler respektive Länderebene ausgesprochen selten.

Wenn also der Wähler bei deutschen Wahlen seine Stimme abgibt, ist das nicht nur ein billiger Kalauer.

Es ist auch eine Tatsache mit schwerwiegender Realität:

Er hat fortan zu schweigen.

Zumindest, bis er nach vier, manchmal auch fünf Jahren wieder aufgefordert wird, für eine Gesamtheit von Entscheidungen quasi blanko zugestehend seine Stimme hervorzukramen.

Auf diesen komplexen Umstand der »repräsentativen Demokratie« zu insistieren ist deswegen besonders infam, weil es in einer Zeit geschieht, in der sich der Bürger besinnt auf das, was Demokratie noch alles heißen könnte.

Nicht dass dieser deutsche Bürger plötzlich anarchisch würde. Er beruft sich nur auf das, von dem er meint, dass ihm das Grundgesetz es zugestünde, sogar zusichere:

Volksherrschaft.

Mitsprache.

Wille des gesamten Volkes.

Dagegenhalten dürfen.

Hinterfragen.

Rückgängig machen können.

Das alles sind sicher Dinge, die der Deutsche selbst jahrzehntelang vernachlässigt hat. Sträflich vernachlässigt hat.

Das wird ihm mit einem Mal in dieser Zeit bewusst.

Und plötzlich will er das alles sogar ändern:

In Volksentscheiden über Rauchergesetze in Bayern. Oder über Schulreformen in Hamburg. Und mit Demonstrationen zu Stuttgart 21. Und letztlich sogar in Wahlen, die zu scheinbar radikalen Regierungswechseln führen wie im März 2011 in Baden-Württemberg, als ein grüner Regierungschef eine CDU ablöste.

Eine CDU übrigens, die durch ihre vererbten Ansprüche an Macht nach 60 Jahren ähnlich entsetzt und entwurzelt war und befürchtete, auf ein Abstellgleis der Demokratie geschoben zu werden, wie seinerzeit Kaiser Wilhelm II. bei seiner erzwungenen Abdankung 1918.

Immerhin mussten Herr Mappus als vorerst letzter schwäbischer konservativer Regent und sein Verein nicht in ein Exil ins innerdeutsche Ausland wie Bayern oder Sachsen.

In dieser Situation also betont eine Frau Merkel diese »repräsentative Demokratie«!